

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

52. Jahrgang – Nr. 1 – März 2001

**Zu den Wiener Gemeinderatswahlen:
Vorsicht vor der Ampel**

**Entschädigungen für
Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene**

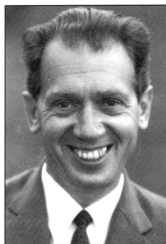
Wahlen in Wien

Gedenkmesse

am Montag,
den 12. März 2001,
um 18 Uhr, in
St. Michael
1010 Wien,
Michaelerplatz

zum Gedenken
an alle die für
Österreich ihr
Leben hingegeben
haben oder
inzwischen
gestorben sind.
Wir bitten um
zahlreiches
Erscheinen.





Hubert Jurasek

Vorsicht vor dieser „Ampel“

Die im Koalitionsakt der bisher in Wien gemeinsam regierenden Sozialdemokraten und ÖVP vereinbarten Vorhaben sind noch nicht alle erledigt. Trotzdem hat der Obmann der Wiener Sozialdemokraten Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien Mag. Häupl, einen Wunsch vieler seiner Parteifunktionäre entsprechend, die Auflösung des Landtages und Gemeinderates von Wien beantragt.

Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Grünen und dem Liberalen Forum beschlossen worden. Diese Wahlen werden am 25.3.2001 stattfinden.

Aufgabe einer normalen Verkehrsampel ist es, mit den Farben rot – (gelb) – grün den ordentlichen Ablauf des Verkehrs zu regeln, Unfälle oder ein Chaos im Straßenverkehr zu verhindern. Ob die „Ampel-Koalition“ von Sozialdemokraten und Grünen diesen Aufgaben analog wird entsprechen können, darf bezweifelt werden; stehen doch die Grünen noch linker als die Sozialdemokraten.

Die Bildung der Grünen ist seinerzeit mit kräftiger Unterstützung der Linken erfolgt, um unter dieser Tarnung die naturbegeisterte Jugend von der ÖVP wegzulocken; dies ist in manchen Wiener Stadtbezirken, die bisher mehrheitlich ÖVP gewählt haben gelungen, wie die letzten Wahlen gezeigt haben (siehe FK 3/00 Seite 5). Einige der leitenden Funktionäre der Grünen haben längere Zeit in der Sowjetunion gelebt und sind dort entsprechend geschult worden. Bei den gegen die derzeitige Regierungskoalition gerichteten sogenannten Donnerstags-Demonstrationen treten Grüne mit den Sozialdemokraten gemeinsam auf. Der derzeitige

Sprecher der Grünen Univ. Prof. van der Bellen ist der Ansicht, Österreich sei nicht das erste Opfer, sondern Mittäter der Nationalsozialisten gewesen (siehe die Aussendung der APA betreffend die Kritik des ehemaligen Bürgermeisters von Klagenfurt Mag. Leopold Guggenberger).

Einer der Hauptbetreiber der sogenannten EU-Sanktionen, die im Vorjahr gegen Österreich verhängt worden ist, ist der derzeitige Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Joschka Fischer von den „Grünen“ gewesen.

Nach Medienberichten aus Deutschland ist er in den siebziger Jahren in Frankfurt am Main in der linksradikalen Szene besonders aktiv, ja militant gewesen; bei Zusammenstößen mit der Polizei soll er unter anderem einen Polizisten niedergetreten haben. Er soll auch Verbindungen zur Terrorzene der ganz links stehenden „Roten Armee-Fraktion (RAF)“ gehabt haben. Der Staatssekretär und Botschafter in Ruhe Dr. Ludwig Steiner hat in einem Schreiben an den Staatssekretär des Auswärtigen-Amtes der BRD Dr. Ischinger das

Verhalten von Joschka Fischer als Außenminister der BRD im Zusammenhang mit den sogenannten EU-Sanktionen gegen Österreich als eine Einmischung der Deutschen Außenpolitik in österreichische Angelegenheiten bezeichnet, die Erinnerungen an das Verhalten des Deutschen Außenministers der Hitlerregierung im Jahre 1936 wachrufe (siehe Freiheitskämpfer 1/00 Seite 5).

Zeigt eine Ampel nur rot – dies wäre im Falle „Ampelkoalition“ Sozialdemokraten und Grüne der Fall – kommt zu mindest alles zum Stehen. Sowohl bei den Grünen als auch bei den Sozialdemokraten handelt es sich praktisch um österreichische Gruppen einer Internationalen, wie sich auch aus deren Verhalten anlässlich der „EU-Sanktionen“ gezeigt hat. Es ist daher zu befürchten, dass sie eher die Interessen der Internationalen als die der Österreicher und Wiener vertreten.

Dass die FPÖ für uns nicht wählbar ist, braucht nicht näher erläutert werden. Die ÖVP ist die einzige Wahlgruppe in Wien, die nicht von Auslandsinteressen abhängt und für uns wählbar ist. Es ist daher nur von dieser Partei zu erwarten, dass sie die Interessen Österreichs und Wiens vertritt. Wer nicht will, dass unsere Geschicke möglicherweise von außen diktiert werden, kann daher nur die ÖVP wählen. Wahlkarten für ein anderes Wahllokal in Wien, können beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt beantragt werden.

Vor kurzem haben bei den Landtagswahlen im Burgenland die Wähler jenen Parteien einen Denkkzettel erteilt, die vorzeitige Wahlen vom Zaune gebrochen haben. Dies sind in Wien Sozialdemokraten, Grüne und Liberale gewesen.



Vizebürgermeister Bernhard Görg und Kulturstadtrat Peter Morboe



Bundesparteibmann
Dr. Wolfgang Schüssel

Herrn
BO Dr. Hubert Jurasek

ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten
Laudongasse 16
1080 Wien

Wien, 21. Dezember 2000
vog

Sehr geehrter Herr Bundesobmann!

Dieses nun zu Ende gehende Jahr 2000 war für uns alle reich an Arbeit und schwierigen Entscheidungen, die wir nur durch gute Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung meistern konnten. Dafür möchte ich herzlichst danken.

Wir haben uns am Anfang dieses Jahres in einer ausweglos gewordenen Situation zu einer mutigen Entscheidung durchgerungen, und ich bin überzeugt, dass wir den richtigen Weg gegangen sind. Wir haben viel erreicht und können eine positive Bilanz an Reformen vorweisen.

Auch 2001 stehen wir vor neuen großen Herausforderungen, die wir in gemeinsamer Anstrengung bewältigen werden. Wir werden die große Chance, als führende Regierungspartei die Zukunft unseres Landes zu gestalten, tatkräftig ergreifen und verantwortungsvoll zum Besten unserer Mitbürger nützen. Dies kann nur durch gemeinsame Arbeit und durch die persönliche Leistung von uns allen gelingen.

Ich glaube, wir haben allen Grund, in großer gegenseitiger Dankbarkeit auf dieses Jahr zurück zu blicken, und mit Optimismus und Zuversicht unseren Blick in die Zukunft zu wenden.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und erholsame Tage im Kreis der Familie und für das Neue Jahr viel Erfolg.

Mit herzlichem Dank und meinen besten Wünschen

Dr. Wolfgang Schüssel
Bundeskanzler

Die Iden des März 1938 in Innsbruck

Die Tage und Stunden vor der Volksbefragung, die auf Sonntag, 13. März 1938 ausgeschrieben war, zeigten eine sichtlich sich steigernde Spannung in ganz Innsbruck.

So bescheiden der Einzug Kanzler Schuschniggs in Innsbruck am Mittwoch 9. März nachmittags war, so überwältigend war am Abend die Kundgebung anlässlich seiner großen Rede im Stadtsaal. In den späten Nachmittagsstunden sammelte sich vor dem Austraiahof der CV. Ihm schloss sich in kurzer Zeit die ganze katholische Studentenschaft Innsbrucks an, und damit nicht nur die Österreich-Treuen, sondern – angesichts der ständig sich mehrenden begeisterten Masse – wohl auch noch einmal jene die unentschieden waren oder, durch die letzten politischen Ereignisse beeindruckt, bereits sich dem anderen Lager zugewandt hatten.

Die nach meiner Erinnerung und Schätzung wohl etwa bei 1.000 Studenten zählende Menge musste nun in aller Eile gruppiert, eingeteilt und zur Kundgebung marschbereit gemacht werden. Austria, die den Zug einleitete, hatte natürlich die weitaus stärkste Einheit aller Verbindungen und Gruppen gestellt. Alles ging rasch von statten. Auf de Gesichertern ein stolzes Leuchten. Eine Stimmung, die sich im Maße der wachsenden Ansammlung steigerte. Aus 1.000 jungen Kehlen ein kräftiges Singen und begeisterte Sprecherei. Wir waren durchwegs in Sport- und Skianzügen, da mit Störungen und größeren Zwischenfällen bei der Kundgebung zu rechnen war.

Die Begeisterung auf den Straßen, die die Zuschauer sich drängten, wurde überwältigend. Ein düsterer Abend für die Nationalsozialisten, die so sehr mit dem Versagen der

heutigen Kundgebung gerechnet hatten. Aus der marschierenden Jugend, aus der erdrückenden Menge der Zuschauer, die nur mit Gewalt durch die Polizei zurückgehalten werden konnte, nur ein einmütiger, nicht endender Ruf: „Österreich!“ – Ganz vereinzelt nur sah man schlechtere Gestalten aus dem anderen Lager – enttäuscht, hoffnungslos, ohnmächtig in ihrer Wut.

Der Stadtsaal war bereits durch die Funktionäre und weitere Einheiten der V.F. (Vaterländischen Front) überfüllt. Wir mussten unsere Aufstellung am Rennweg nehmen. Aber auch der große Platz vor dem Stadttheater, vor der Hofburg, vor dem Stadtsaal war buchstäblich voll von Menschen. Kopf an Kopf standen sie und lauschten der Rede des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg. Die Rede – ein Meisterstück in allen Belangen. Hernach war des Kanzlers Gang vom Stadtsaal zur Hofburg beinahe lebensgefährlich durch die in Begeisterung wogende Menge. Wiederholt musste er auf dem Balken in der Hofburg erscheinen und die ganz zügellose Huldigung der Menge entgegennehmen.

In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag war verschärft Bereitschaft. Die Stunde der Wahl rückte näher, jener Volksentscheid, mit dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg beweisen wollte, dass das österreichische Volk den Nationalsozialismus und damit den Anschluss an Deutschland ablehnt. Am gleichen Ort, wo wir uns vor zwei Tagen zum Abmarsch zur Kundgebung

formiert hatten, stand jetzt ein starker Zug von Leuten mit roten Hakenkreuzfahnen. 5.000 bis 6.000 sollen es nun schon sein in ganz Innsbruck, hieß die Fama.

Gerüchte kamen aus Wien, aus den einzelnen Landeshauptstädten, die Steiermark sei ein verlorenes Land, die Wahl sei von der Regierung aus abgesagt, soeben habe der Bundeskanzler selbst es dem Landeshauptmann telefoniert. Dann wieder wurde allem Gerücht leidenschaftlich widersprochen.

In den Abendstunden vernahmen wir plötzlich aus dem Radio die Stimme des Bundeskanzlers...Ach, Himmel, es ist verspielt: „Um ein Blutvergießen zu vermeiden, beugen wir uns der Gewalt – Gott schütze Österreich!“ Wehmütig klangen die Weisen der österreichischen Bundeshymne nach. Wehen Herzens, Tränen in den Augen, standen wir da, die Hände zum Schwur der Treue und des Glaubens an Österreich erhoben.

Dann kam plötzlich die Anforderung. „Sofort vier Freiwillige für das Landhaus zur persönlichen Verfügung des Statthalthers Gerber.“ Unser vier meldeten sich. Wir erhielten Passierscheine, um ins Landhaus hineinzukommen.

Dort führte man uns in das Zimmer des Statthalthers Gerber. Alles war ratlos. Nur der Statthalter stand da wie eine Eiche. Väterlich und mitleidlos schaute er uns an. Nichts, außer meinem Siegel-schlagring mit dem hl. Antonius. Das war alles.

Immer lauter hörte man das Schreien von der Straße herauf, wo sich die Menge zu einem großen Knäuel drohend und fordernd sammelte. „Die Fahne heraus!“ hieß der Sprecher. Der Statthalter hatte uns die Weisung gegeben, vor seinem Zimmer zu bleiben und auch, wenn jemand hereinkomme zu ihm,

nur auf seinen Ruf hin sofort einzutreten.

Bald kam eine Abordnung von drei Nationalsozialisten unter Anführung Dr. Knöpflers, der als illegaler SS-Standartenführer bekannt war, herauf und verlangte, zum Statthalter vorgelassen zu werden. Ihre Forderung: die Hakenkreuzfahne ist vom Landhaus zu hissen! Durch den offenen Türspalt konnte ich es sehen und hören: der Statthalter stand da wie ein Andreas Hofer, und laut und klar sagte er: „So lange ich hier Statthalter bin, wird die Hakenkreuzfahne vom Landhaus nicht gehisst!“

Die Abordnung ging und kam bald darauf verstärkt wieder. Während neuerdings verhandelt wurde, kam die Kunde zum Statthalter, dass jemand die Hakenkreuzfahne ohne sein Wissen und gegen sein Verbot vom Landhaus gehisst habe. Dies traf ihn wie ein Blitz.

„Dann bin ich auch nimmer Statthalter von Tirol“, sagte er und übergab der Schlüsselbund seinem Amtsdienner und folgte der Abordnung als Gefangener. An der Tür zum Gang hinaus drückte er mir nochmals fest die Hand und dankte uns für unseren guten Willen. Dann drehte er sich um und rief laut und schmerzvoll: „Hoch Tirol!“

Wir wurden mit etwa sieben oder acht Leuten, darunter einige Bürofräulein, ebenfalls als verhaftet erklärt und im Gang von der einen Ecke in die andere geschoben, denn es brauchte Platz, es wurde ja das Landhaus besetzt durch Einheiten der SS. Schließlich mussten wir noch unsere Namen sagen und wurden mit den Worten: „Sie halten sich zur Verfügung der Gestapo!“ auf die Straße entlassen.

Aus: „Bauernzeitung 1988“
Erinnerungen von Dr. Anton Brugger, Bauernbund-Direktor von 1946 bis 1976. ■

Kehre vor deiner eigenen Tür

In der Nummer 10-12/2000 der Zeitschrift des Bundes Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten „Der Sozialdemokratische Kämpfer“ hat der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs Gusenbauer uns geraten, nicht mit Steinen zu werfen, wenn wir im Glashaus sitzen.

Er fürchte, unsere Intelligenz würde unterschätzt werden, meinte irgend jemand, der „Sündenfall“ der ÖVP, das „bis zur Bettgemeinschaft gehende Liebäugeln mit der FPÖ“ könne mit Verdächtigungen gegen die SPÖ aus der Welt geschafft werden. Die SPÖ liebäugle mit dem Österreichischen Volk und der Österreichischen Demokratie. Er hoffe, daß auch eine Gruppe konservativer Widerstandskämpfer dem derzeitigen Verhältnis der ÖVP mit der FPÖ aus demokratiepolitischen Gründen einen Riegel vorschieben werde.

Wir danken dem Herrn Parteivorsitzenden für seine hoffentlich wohlgemeinten Ratschläge und können ihn beruhigen. Hätte er als Spätgeborener den Rat seines Amtsvorgängers Bundeskanzler Dr. Kreisky befolgt und Geschichte gelernt, hätte er erkennen müssen, daß die Verdächtigungen gegen die Sozialisten nicht unbegründet sind. Schon im Jahre 1946 hat der spätere Parteivorsitzende und Vizekanzler Dr. Pittermann, wie der einstige Mitarbeiter von Dr. Kreisky Ernst Florian Winter in „Die Österreichische Nation“ vom Oktober 2000 unter dem Titel „Was geht in Österreich wirklich vor?“ schreibt, die Bildung einer neuen Rechtspartei vorgeschlagen, um die konservative ÖVP zu spalten. Der spätere sozialistische Parteivorsitzende und Bundespräsident Dr. Schärf, Schwiegervater eines SS-Obersturmführers, hat 1948 diesen Vorschlag aufgegriffen und eine solche Parteigründung der damaligen Besatzungsmacht USA vorgeschlagen, die tatkräftig von den Sozialisten unterstützt

Mitte 1949 in der US-Besatzungszone unter dem Namen „Verband der Unabhängigen“ (VDU) gegründet worden ist, der Vorläufer der FPÖ. Nach dem Rücktritt der ÖVP-Allienregierung Dr. Klaus hat Kreisky, vorerst von der FPÖ unterstützt, deren Führer damals SS-Obersturmführer Peter gewesen ist, eine Minderheitsregierung gegründet. Von 1983 bis 1986 waren die Sozialisten mit den Freiheitlichen in einer Koalitionsregierung. Damals hat eine solche „Bettgemeinschaft“ zwischen SPÖ und FPÖ weder den Verband sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, deren Vorsitzender eine zeitlang ein ehemaliger Oberleutnant der Deutschen Wehrmacht war, der am Balkan eingesetzt gewesen ist, noch irgendeinen Sozialisten im Inland oder Ausland gestört.

Nach der NR-Wahl 1999 hat der damalige sozialdemo-

kratische Parteivorsitzende und Bundeskanzler Mag. Klima versucht, wie 1970 Dr. Kreisky, mit stillschweigender Unterstützung der FPÖ als Chef einer Minderheitsregierung an der Macht zu bleiben. Erst als die diesbezüglichen Verhandlungen gescheitert sind, ist es zur Bildung der derzeitigen Koalitionsregierung zwischen ÖVP und FPÖ und damit zum Verlust der von den Sozialisten jahrzehntlang in Österreich ausgeübten Macht gekommen. Diesen Machtverlust haben sie bis heute nicht verwinden können. Sie haben versucht, ihnen politisch nahestehende ausländische Regierungen dazu zu bewegen, durch Druck die aufgrund einer Mehrheit eines demokratisch gewählten Nationalrates gebildeten Regierung zum Rücktritt zu zwingen, damit sie wieder an die Macht kommen können. Unter Mißbrauch des Versammlungsrechtes organi-

sieren sie bis heute sowohl im In- als auch im Ausland, zuletzt vor Weihnachten in Rom, unter teilweise zur Hilfe nahme ausländische Berufsdemonstranten der Österreichischen Regierung feindliche Kundgebungen, die im Ausland zum Teil den Eindruck erwecken, es herrschten in Österreich politische Unruhen. Ein solcher Appell an die Macht der Straße zum Sturz einer demokratisch gewählten Regierung, hat schon einmal zum Verlust der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs geführt. Soll Österreich wirklich „brennen“, wie vor kurzem ein führender Sozialist angedroht hat?

Wir sind schon vor 1938, zu einer Zeit, da das Gros der heutigen Demonstranten noch gar nicht geboren gewesen ist, bereit gewesen, mit der Waffe in der Hand unsere Heimat Österreich zu schützen. Für die Wiedererlangung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs haben wir im Widerstand gegen den Nationalsozialismus schwerste Opfer gebracht. Noch vor dem Einmarsch der Roten Armee im Frühjahr 1945 hat unser vor kurzem Verstorbener Kamerad Eidlitz, einer der Führer der Widerstandsgruppe 0 5 und Mitbegründer der ÖVP, todesmutig mit einer Gruppe Bewaffneter in Wien die Polizeidirektion besetzt. Unter den von der ÖVP gestellten ersten Bundeskanzlern nach 1945 ist Österreich in schwerster Arbeit aus dem Kriegschaos wieder aufgebaut und die Grundlage unseres heutigen Wohlstandes begründet worden.

Es ging und geht uns nicht um die Machterhaltung um jeden Preis. Wir wünschen und hoffen auch nicht, daß die derzeitige Regierung scheitert und Österreich in ein Chaos gestürzt werde.

Wir schließen mit dem Rat, jeder kehre den Mist vor seiner eigenen Tür weg. ■



SPÖ-Vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer

Oberwarter Erinnerungen eines Zeitzeugen an den 11. März 1938

Am 11. März 1938 wurde ich frühmorgens in die Bezirkshauptmannschaft berufen. Der Bezirkshauptmann teilte seinem Stellvertreter und mir mit, dass sich seit Mitternacht zwei Marschsäulen nationalsozialistischer Parteigänger auf Oberwart zu bewegen. Er habe den Innenminister Dr. Seyss-Inquart um Weisung ersucht und den Auftrag erhalten, den Zuzug von Massen zu verhindern.

Da die Gendamerie zu schwach sei, um dementsprechend vorzugehen, habe der Bezirkshauptmann von seinem Recht Gebrauch gemacht, die Unterstützung der Garnison des Bundesheeres anzufordern.

Ein Zug der Garnison werde die Strassenkreuzung beim sogenannten „Roten Zug“ besetzen, ein weiterer Zug die Kreuzung der Hauptstraße mit der Schlainingerstraße. Wir zugeteilten Juristen erhielten vom Bezirkshauptmann den Auftrag, mit dem Militär mitzugehen und für die Ausführung der Weisung zu sorgen, den Massenzug zu verhindern. Die Art der Ausführung bleibe dem Militär überlassen.

An der mir anvertrauten Kreuzung Hauptstraße-Schlainingerstraße nahm das Militär Aufstellung, brachte Maschinengewehre in Stellung, lud scharf durch und pflanzte die Bajonette auf. Ich gab meinem Auftrag dem kommandierenden Offizier weiter und hatte den Eindruck, dass er unschlüssig war, ob er im Ernstfall den Schießbefehl erteilen werde. Es dauerte nicht lange, da wurde eine große Kolonne sichtbar, die von der Anhöhe her auf die Kreuzung zumarschierte. Ich wusste naturgemäß nicht, ob die Anmarschierenden bewaffnet waren, ob sie sich auf einen Kampf mit dem Militär einlassen wollten und welches Ziel sie schließlich hatten, etwa die

Übernahme der Macht in diesem Bereich. Ich wusste nur, dass es viele Verletzte und wohl auch Tote geben würde, wenn das Militär seine Waffen einsetzte. Und da entschloss ich mich, dem kommandierenden Offizier die Verantwortung abzunehmen, indem ich vor die Gewehre ging und annahm, daß er nicht schießen lassen würde, solange ich zwischen Militär und Marschblock war.

Ich gab einem Gendarmen den Auftrag, mit mir zu kommen, damit ich besser als Angehöriger des Sicherheitsdienstes erkennbar war und ging den Marschierenden entgegen. Als ich in Rufweite war, rief ich den in der ersten Reihe Marschierenden entgegen: „Bleiben Sie stehen, es könnte sonst geschossen werden!“

Man rief zurück, ich solle doch das Schiessen verhindern und marschiere weiter. Ich ging mit bis zum Militärkordon, der daraufhin auseinander trat und die Kolonne zum Hauptplatz durch ließ. Sofort anschließend berichtete ich telefonisch dem Bezirkshaupt-

mann, der mein Vorgehen als richtig erklärte, jedoch den Auftrag gab, weiter an der Kreuzung meine Pflicht auszuüben.

Etwa eine halbe Stunde später wurde eine Kolonne aus der Richtung Großpetersdorf sichtbar. Das Militär hatte sich nunmehr in verdoppelter Formation quer über die Straße gestellt und ich hörte gelegentliches Murren von Soldaten, die darüber ungehalten waren, dass sie von der ersten Kolonne überlaufen worden waren.

Wiederum ging ich der Kolonne entgegen. Die ersten Reihen kamen im Parade-

Entschädigung für Zwangsarbeit in Deutschland während der NS-Zeit

Wie bereits im FK 4/00 berichtet können Personen nichtjüdischer Abstammung durch die Deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ unter den im FK genannten Voraussetzungen Entschädigungen erhalten. Hierfür erforderliche Formulare können ab sofort bei der „Internationalen Organisation für Migration (IOM)“ (Tel. 585 33 22-11, e-mail: elaubacher-kubat@iom.int) angefordert werden.

Is spätestens 11.8.2001 (Poststempel) sind diese Anträge ausgefüllt mit den erforderlichen Unterlagen (Fotokopie, nicht Originale) zur Glaubhaftmachung des Ansuchens an die IOM zu senden. Die Unterschrift ist von einem Notar, einem Gericht oder vom zuständigen Gemeindeamt beglaubigen zu lassen; in Wien kann dies auch bei der IOM nach fernmündlicher Terminvereinbarung erfolgen. Sollten die Antragsteller aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sein, ihre Wohnung verlassen zu können, kann diese Beglaubigung auch durch den behandelnden Arzt erfolgen. Ein Kostenersatz für diese Beglaubigungen usw. ist nicht vorgesehen.

Entschieden wird über diese Anträge bei der Zentrale der IOM in Genf. Eventuell bewilligte Beträge werden dann in zwei Raten ausbezahlt.

Für jene Zwangsarbeiter, die nicht in die Zuständigkeit der IOM fallen, kann eine Entschädigung beim Österreichischen Versöhnungsfonds beantragt werden. In dessen konstituierender Sitzung vom 20.12.2000 ist zum Vorsitzenden unser Vorstandsmitglied Dr. Ludwig Steiner, Staatssekretär und Botschafter i.R., bestellt worden. Sobald die erforderlichen Richtlinien erlassen und das Büro eingerichtet ist, werden wir darüber im FK informieren.

schrift anmarschiert, einige rissen sich das Hemd auseinander und schrien: „Schießt doch daher!“ Ich kannte einige von ihnen, waren sie doch mehrmals von der Bezirkshauptmannschaft wegen verbotener politischer Tätigkeit bestraft worden. Ich rief ihnen wiederum zu, sie sollten doch stehen bleiben, weil geschossen werden könnte. Man hörte nicht auf mich und drängte mich seitlich ab. Es entstand ein kurzes Handgemenge mit dem Militär, bei dem sich einige Manifestanten an Bajonetten die Hände verletzten.

Doch es fiel auch jetzt kein Schuss und schließlich gelangte auch diese Kolonne auf den Hauptplatz. Dort hielten sie eine Kundgebung ab, unternahmen im übrigen keine weiteren Schritte.

An der anderen Straßencrossung waren die Marschierer vor dem Militär stehen geblieben und hatten im Verhandlungsweg freien Durchzug erreicht. ■

Opferfürsorge

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 2001

Unterhaltsrente für Opfer (auch Meßbetrag bzw. Einkommensgrenze)

1. Alleinstehende

S 11.455,-

2. Verheiratete bzw. Lebensgefährten (Lebensgefährtin)

S 14.817,-

Erhöhung des Meßbetrages für jedes Kind,

für das ein Erziehungsbeitrag gebührt

S 451,-

Erziehungsbeitrag

S 902,-

Unterhaltsrente für Hinterbliebene

(auch **Meßbetrag bzw. Einkommensgrenze**)

S 10.365,-

Beihilfen (für Witwen, Lebensgefährtinnen,

Waisen, Witwer und Lebensgefährten)

S 10.710,-

Einkommensgrenze (Meßbetrag)

für Beihilfen

S 11.880,-

Mindestbeihilfe

S 70,-

Hinterbliebenenrente

S 2.273,-

(Witwen, Lebensgefährtinnen, Witwer, Lebensgefährten)

(Waisen, Elternteile)

Elternteilrente

S 3.003,-

Diätzuschuß **I. Stufe**

S 354,-

II. Stufe

S 712,-

III. Stufe

S 1.068,-

Sterbegeld: Höchststaß:

S 13.256,-

Mindestausmaß:

S 7.948,-

anrechenbar höchstens

S 5.308,-

Opferrenten (Grundrenten) ab 1.1.2001.

MdE	Opferrente	ab 65. Lebensjahr zusätzl. Haftrente	insgesamt
30 %	S 1.136,-	S 531,-	S 1.667,-
40 %	S 1.705,-	S 531,-	S 2.236,-
50 %	S 2.273,-	S 531,-	S 2.804,-
60 %	S 2.841,-	S 531,-	S 3.372,-
70 %	S 3.409,-	S 531,-	S 3.940,-
80 %	S 4.546,-	S 531,-	S 5.077,-
90/100 %	S 5.682,-	S 531,-	S 6.213,-

Alterszulage S 233,-

Dieselbe wird an Opferrenten-Bezieher ab 50 %, bei Frauen ab dem 55. Lebensjahr, bei Männern ab dem 60. Lebensjahr, gewährt. Ab dem 65. Lebensjahr wird dann an Bezieher ab einer 50%igen Opferrente die Alterserschwermisszulage zuerkannt, womit die Alterszulage von monatlich S 233,- entfällt.

Alterserschwermisszulage ab 1.1.2001

Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)

Ab Vollendung des	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100v. H.
65. Lebensjahres	S 254,-	425,-	515,-	681,-	851,-
70. Lebensjahres	S 516,-	850,-	965,-	1.139,-	1.364,-
75. Lebensjahres	S 939,-	1.279,-	1.423,-	1.589,-	1.762,-
80. Lebensjahres	S 1.364,-	1.708,-	1.877,-	2.047,-	2.218,-

Die
vollständige
Nennung
unserer
Jubilare für
das Jahr 2001,
erfolgt
in der
nächsten
Ausgabe
des
Freiheitskämpfers!

Einkommengrenzen ab 1. Jänner 2001

Einige Leistungen der Opferfürsorge sind von der Höhe des Einkommens der Anspruchswerber abhängig. Bei Anspruchswerbern, die verheiratet sind oder in einer Lebensgemeinschaft leben, ist auch das Einkommen des Ehegatten (der Ehegattin) bzw. des Lebensgefährten (der Lebensgefährtin) zu berücksichtigen.

Bezieher von Unterhaltsrenten, Teilerhaltsrenten und Witwenbeihilfen werden ab **1.1.2001** eine Erhöhung aller Rentenleistungen und Zulagen aus der Opferfürsorge erhalten.

Alle jene, deren Einkommen geringer ist als die erhöhte Unterhaltsrente (Witwenbeihilfe), haben nun Anspruch auf eine entsprechende Teilerhaltsrente oder Witwenbeihilfe.

Eine **Unterhaltsrente** (Teilerhaltsrente) kann demnach von **alleinstehenden Opfern** beansprucht werden, wenn oder insoweit ihr monatliches Nettoeinkommen geringer ist als

S 11.455,-

S 11.880,-

(wenn **keine** Opferrente besteht – Meßbetrag der Unterhaltsrente)

Opfer, Inhaber einer Amtsbescheinigung, die verheiratet sind oder eine Lebensgefährtin (Lebensgefährten) haben, können eine Unterhaltsrente bzw. Teilerhaltsrente beanspruchen, wenn ihr monatliches Einkommen (netto) geringer ist als

S 14.817,-

Allerdings werden 30% des Nettoeinkommens der Ehegattin (des Ehegatten) bzw. Lebensgefährten (Lebensgefährtin) in Anrechnung gebracht.

Hinterbliebene können eine Unterhaltsrente (Teilerhaltsrente) beanspruchen, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als

S 10.365,-

Hinterbliebene nach Inhabern einer Amtsbescheinigung, auf die die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterhaltsrente (Teilerhaltsrente) nicht zutreffen, haben Anspruch auf eine **Beihilfe**, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als

S 11.880,-

S 10.710,-

S 70,-

Die Beihilfe selbst kann höchstens nur

betragen, mindestens jedoch

Die **Einkommengrenzen** (interne Richtlinien) für die Gewährung einer **einmaligen Aushilfe** aus dem **Ausgleichstafond** betragen ab **1.1.2001**

für alleinstehende Personen S 12.720,-

für Ehepaare (Lebensgefährten) S 18.505,-

zusätzlich je Kind S 3.653,-

Die **Einkommengrenzen** für übersetzungsmäßige Leistungen aus der **Heilfürsorge** gemäß § 12 Abs. 4 OFG betragen

für alleinstehende Personen S 17.604,-

für Ehepaare (Lebensgefährten) S 22.485,-

zusätzlich je Kind S 3.653,-

(Anspruchsberechtigt sind Amtsbescheinigungs- und Opferausweisinhaber sowie Personen, die eine Rentenleistung aus der Opferfürsorge beziehen.) Originalrechnungen und Nachweis über Bezahlung der Rechnung unbedingt erforderlich. Gilt auch für Kur- und Erholungsaufenthalte.

Einmalige Aushilfe von S 3.000,- für Spitalsaufenthalt (mindestens 10 Tage) kann an Opferausweis- oder Amtsbescheinigungsinhaber, auch an deren Ehegatten oder unterhaltsberechtigten Kinder 1 x pro Kalenderjahr gewährt werden. Einkommengrenzen wie bei **Heilfürsorge**. Mehrere Spitalsaufenthalte eines Kalenderjahres zusammengezählt werden, auch verschiedene, Leidenszustände.

Kur- bzw. Erholungsaufenthalt

ist in erster Linie bei der zu ständigen Krankenkasse einzureichen, wenn eine Abweisung erfolgt, dann können Amtsbescheinigungsinhaber bei der zuständigen Landesregierung (Opferfürsorge) einen Zuschuß beantragen, dieser wird aber nur dann gewährt, wenn eine **vorherige** amtsärztliche Untersuchung diesen Kur- resp. Erholungsaufenthalt befürwortet hat.

Zuschüsse

für **Kuraufenthalte** täglich höchstens S 350,-

für **Erholungsaufenthalt** täglich höchstens S 200,-

für eine Begleitperson täglich höchstens S 150,-

je **Zahnkrone** S 1.438,-

für **einohrige Hörapparate** bzw. S 9.906,-

Krankenbetten und Krankenfahrstühle S 14.859,-

beidohrige Hörgeräteversorgung S 3.900,-

für **Schbehelfe und Brillen** S 500,-

für **Fassung** S 3.856,-

für **orthopädische Schuhe** S 2.200,-

für **sonstige Heilbehelfe und Heilmittel**

für **psychotherapeutische Behandlungen**: bis zur Höhe des dreifachen Betrages des

Kostenzuschusses des Krankenversicherungsträgers (Ansuchen können erst ab einem

Jahresbetrag von mindestens S 500,- berücksichtigt werden.)

Einkommengrenzen für Gewährung **zinsfreier Darlehen** betragen

für Einzelpersonen S 23.547,-

für Ehepaare S 26.946,-

zusätzlich je Kind S 3.653,-

Impressum:



Medieninhaber und

Herausgeber:

Kuratorium der
ÖVP-Kameradschaft der politisch
Verfolgten und Bekennern für
Österreich,
1080 Wien, Laudongasse 16

Fotos: Felber, „Presse“-Archiv,
Vogelsang-Institut

Layout: Tanja Pichler, 1050 Wien,
Kettenbrückengasse 11/23

Druck: Druckerei Lischkar,
Migazziplatz 4

1120 Wien